

Keine Einigung im Streit um Sekundarschule

Eltern mehr mitnehmen!

Winterberg/Siedlinghausen. Ohne konkretes Ergebnis ist das Gespräch zwischen der Bürgerinitiative (BI) Siedlinghausen und dem Ältestenrat der Stadt Winterberg (bestehend aus Bürgermeister, Stellvertretern und den Fraktionsvorsitzenden) ausgegangen. Die jeweiligen Standpunkte wurden diskutiert, eine Annäherung und damit Klarheit, ob es für Winterberg auf die derzeit geplante gemeinsame Sekundarschule mit Medebach und Hallenberg oder die von der BI favorisierte eigenständige Lösung hinauslaufen wird, gab es nicht.

Die BI hat sich anschließend entschieden, an ihrem Bürgerbegehren festzuhalten. Das bedeutet, dass die Stadträte von Hallenberg und Medebach am 15. September über eine Sekundarschule nur der beiden Städte beraten. Diese soll ab dem nächsten Sommer starten und muss daher noch in diesem Herbst beantragt werden. Laut der Ratsvorlage hat die Stadt Winterberg noch bis zum 15. November Zeit, in diesen Plan mit einzusteigen.

Eltern mehr mitnehmen

Die SPD-Fraktion steht nach wie vor dazu, eine gemeinsame Sekundarschule mit Medebach und Hallenberg anzustreben, wie Fraktionsvorsitzender Torben Firley bekräftigt. Er verweist auf den im Juli abgelehnten Antrag der SPD, einen externen Sachverständigen hinzuziehen: „Das Ziel bleibt mit der gemeinsamen Sekundarschule für uns gleich. Nur der Weg dahin hätte anders verlaufen sollen, die Bürger hätten mehr und früher informiert und bei der Meinungsbildung mitgenommen werden müssen. Den Schuh müssen wir uns als Stadtrat anziehen. Deshalb habe ich Verständnis für die Bürgerinitiative Siedlinghausen, dass sie ihrem Unmut jetzt durch das legitime Mittel eines Bürgerbegehrens Ausdruck verleiht. Man sieht ja aktuell am Beispiel der Grundschule Oberschledorn, dass es Möglichkeiten gibt, die Eltern ins Boot zu holen.“

Auch Bernd Kräling (FDP) äußert Verständnis für die BI. Er wertet das stattgefundenene Gespräch als nicht konstruktiv und plädiert für mehr Zeit sowie eine genaue Offenlegung der Kosten. „Als städtischer Haushalt wird für manche Posten soviel Geld ausgegeben. Deshalb sollten wir uns hier, wo es um die Zukunft unserer Kinder geht, genug Ruhe nehmen und mit offenen Karten spielen.“

Derzeit lässt die BI die Bedingungen für das Bürgerbegehren rechtlich prüfen, um es voraussichtlich nächste Woche erneut einzureichen: „Die Bürger in Winterberg sollen entscheiden, auf welche Schule sie wollen.“

Rita Maurer